

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 11. Juli 1958

Nummer 28/29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1958

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
Hamburg

IFO — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Die Lage der Weltwirtschaft

Die westliche Welt stand im ersten Halbjahr 1958 im Zeichen einer wirtschaftlichen Stagnation, wobei einem anhaltenden Wirtschaftsrückgang in den Vereinigten Staaten ein nur noch geringes wirtschaftliches Wachstum in den europäischen Industrieländern gegenüberstand. Unter dem Einfluß einer verminderten industriellen Erzeugung und verstärkter Einfuhrbeschränkungen schrumpfte der Welthandel erstmalig nach jahrelangem Anstieg. Bei anhaltender Schwäche der Weltwarenmärkte verschärfen sich die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Rohstoffländer, während sich die außenwirtschaftliche Lage der meisten Industrieländer weitgehend konsolidierte.

Der Wirtschaftsrückgang in den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich im Frühsommer 1958 verlangsamt und dürfte im Verlauf des Sommers seinen Tiefpunkt erreichen. Frühestens gegen Ende des Jahres kann ein allmählicher Wiederanstieg des Sozialproduktes erwartet werden. Die Abnahme der privaten Anlageinvestitionen, die entscheidend zu dem gesamtwirtschaftlichen Rückgang beigetragen hat, wird sich allerdings in den nächsten Monaten und — wenn auch nicht mit gleicher Stärke — bis in das Jahr 1959 hinein fortsetzen. Ein Umschwung der privaten Investitionsneigung dürfte nicht eher eintreten, als eine kräftige Nachfragebelebungen den Absatz und die Kapazitätsausnutzung der Industrie erheblich gesteigert hat.

Wenn auch die gesamten Ausgaben für den privaten Wohnungsbau bis in die jüngste Zeit hinein gesunken sind, so ist doch als Reaktion auf

die Zinssenkungen und auf die Erleichterung der Bedingungen, zu denen staatliche Hypothekengarantien gewährt werden, mit einer Belebung der privaten Wohnungsbautätigkeit zu rechnen. Der zu erwartende weitere Rückgang der gewerblichen Bautätigkeit wird dadurch zumindest teilweise kompensiert werden.

Die Wirkung des Konjunkturrückfalls auf das verfügbare persönliche Einkommen wurde vor allem durch die „built-in-stabilizers“ — die Sozialversicherungsleistungen und die Progression des Steuersystems — weitgehend gemildert. Ein gleichzeitiger leichter Rückgang der Sparquote trug dazu bei, daß der persönliche Verbrauch nur wenig eingeschränkt wurde. Im weiteren Verlauf des Jahres darf mit einer leichten Zunahme des persönlichen Einkommens — schon allein auf Grund der Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst — und mit einer entsprechenden Steigerung der Verbrauchsausgaben gerechnet werden. Die erwartete Belebung der Wohnungsbautätigkeit wird den Absatz von dauerhaften Haushaltsgütern anregen. Die Aussichten des Automobilabsatzes können heute noch nicht abgeschätzt werden. Die Verminderung der Verbraucherschuldung hat von der Finanzierungsseite her die Voraussetzungen für eine Absatzsteigerung dauerhafter Verbrauchsgüter verbessert.

Auch vom öffentlichen Sektor dürften leichte Impulse ausgehen. Der schon seit Jahren zu beobachtende steigende Trend der Ausgaben der Staaten und Gemeinden wird sich weiter fortsetzen, zumal nunmehr, nach dem Sinken des Zinsniveaus,

bisher aufgeschobene Investitionen in Angriff genommen werden. Mit einer kräftigen Zunahme der Ausgaben des Bundes, auch für Verteidigungszwecke, ist in den nächsten Monaten jedoch nicht zu rechnen. Die Wirkung des Konjunkturrückfalls auf Bundeseinnahmen und -ausgaben und die wenigen von der Regierung bisher beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wirtschaftsrückganges hatten schon im abgelaufenen Haushaltsjahr 1957/58 ein Defizit zur Folge. Im kommenden Fiskaljahr dürfte — auch ohne weitere konjunkturpolitische Maßnahmen der Regierung — das Defizit im Bundeshaushalt noch beachtlich höher sein.

Die wirtschaftliche Abschwächung hat die Einfuhr der Vereinigten Staaten bis zum Frühjahr kaum vermindert. Zwar sanken die Rohstoffimporte, die etwa 40 vH der Einfuhr ausmachten, erheblich; jedoch wurde dieser Rückgang fast vollständig kompensiert durch eine weitere Zunahme der Einfuhr industrieller Fertigerzeugnisse. Die Exporte fielen dagegen stark, was zu einer Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse führte.

Die voraussichtliche Stabilisierung der Endnachfrage dürfte eine Verlangsamung des zur Zeit kräftigen Lagerabbaus bewirken, wodurch Produktion und Beschäftigung eine zusätzliche Anregung empfangen würden. Die Preise haben sich in der jüngsten Zeit weitgehend stabilisiert. Auch der Lohnanstieg hat sich nur noch abgeschwächt fortgesetzt. Im weiteren Verlauf des Jahres werden die Stundenlöhne noch ansteigen; zum Teil sind diese Lohnsteigerungen bereits in früher abgeschlossenen mehrjährigen Tarifverträgen festgelegt worden.

Eine nennenswerte Zunahme der Produktivität ist in den Vereinigten Staaten angesichts der unausgenutzten Kapazität zunächst kaum zu erwarten. Dagegen darf angenommen werden, daß ein erneuter Wirtschaftsaufschwung von einem überdurchschnittlichen Wachstum der Produktivität begleitet sein wird, da durch die umfangreichen Neuinvestitionen der letzten Jahre beachtliche Möglichkeiten einer Produktivitätssteigerung geschaffen wurden.

Mit der Verflüssigung des Kapitalmarktes und der Zinsverbilligung durch mehrfache Senkungen des Diskontsatzes, Herabsetzung der Mindestreserven und Offenmarktpolitik hat das Federal-Reserve-System von der monetären Seite her die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung geschaffen.

In Westeuropa hat das wirtschaftliche Wachstum nahezu völlig aufgehört. Nur in Frankreich war die reale Expansion im ersten Halbjahr 1958 noch unvermindert stark, während sie sich in Italien und in den skandinavischen Ländern erneut deutlich verlangsamte. In Großbritannien stagnierte die Wirtschaftstätigkeit weiter; in den Benelux-Ländern hat das Bruttosozialprodukt real bereits abgenommen. Die Gesamttendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten deutet auf Stagnation, vielleicht sogar auf eine leichte Abschwächung hin.

Notenbanken und Regierungen haben fast durchweg den noch bis zur Jahreswende 1957/58 restriktiven Kurs ihrer Wirtschaftspolitik verlassen. Sie wirken in zunehmendem Maße durch Diskontsenkungen und sonstige Krediterleichterungen sowie teilweise auch schon durch fiskal-

politische Maßnahmen den kontraktiven Einflüssen entgegen. Die Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses war vielen Ländern um so eher möglich, als sich ihre Zahlungsbilanzsituation seit dem Herbst 1957 erheblich gebessert hat, wodurch die bis dahin von dieser Seite gezogenen Grenzen für eine reale Expansion hinausgeschoben wurden.

Die weitere Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Westeuropa ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Investitionsneigung der privaten Unternehmer unter dem Einfluß verminderter Gewinnerwartungen und verringerter Kapazitätsauslastung nahezu überall kontinuierlich nachgelassen und daß sich als Folge des veränderten weltwirtschaftlichen Klimas die Exportkonjunktur für eine ganze Reihe von Ländern verschlechtert hat.

Die Abschwächung der privaten Investitionstätigkeit wird in ihrer Auswirkung auf Beschäftigung und Einkommen nur noch sehr knapp durch den weiteren Anstieg der öffentlichen Investitionen kompensiert. Das gilt besonders für Großbritannien, wo die öffentlichen Investitionen, die hier einen besonders hohen Anteil an den gesamten Investitionen haben, inzwischen die von der Regierung im Herbst 1957 im Interesse der Geldwertstabilisierung festgesetzte Höchstgrenze erreicht haben. In Frankreich dagegen dürften trotz verstärkter Bemühungen zur Nachfragedämpfung die öffentlichen Investitionen noch weiter zunehmen. Der öffentliche Verbrauch hat in fast allen Ländern Westeuropas weiter steigende Tendenz.

Ungeachtet der im ganzen nicht mehr steigenden Investitionen ist die Vollbeschäftigung fast überall erhalten geblieben, wenn auch eine leichte konjunkturelle Abnahme der Beschäftigung unverkennbar ist; zugleich hat auch die Zahl der offenen Stellen abgenommen. Einige Länder haben sich bereits zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entschlossen, so die Niederlande, Italien, Norwegen und Schweden.

Die Entspannung der Arbeitsmarktsituation hat die Durchsetzung von Lohnforderungen erschwert. Immerhin haben die Lohnsteigerungen ihre Tendenz, über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt hinauszugehen, wohl noch nicht ganz verloren.

Im Verlauf der konjunkturellen Abschwächung hat das Wachstum der Masseneinkommen nachgelassen, wodurch auch die Zunahme der Konsumentennachfrage gedämpft wurde. In einigen Ländern (z. B. in Großbritannien) hat sich die Sparneigung überdies leicht erhöht, so daß die Verbrauchsausgaben dort hinter dem Anstieg der Masseneinkommen zurückblieben. Immerhin bildete der private Verbrauch in den europäischen Ländern eine wichtige Stütze der Konjunktur.

Die Dämpfung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und die Einflüsse des Preisrückgangs auf den Rohstoffmärkten haben zu einer Beruhigung des Preisklimas in den meisten Ländern geführt. Der Preisverlauf war allerdings in den einzelnen Bereichen stark differenziert. So haben die Preise der industriell erzeugten Güter schon seit geraumer Zeit eher sinkende Tendenz, während die Preise landwirtschaftlicher Produkte — zum Teil auf Grund von Sondereinflüssen — und vor allem die Preise für Dienstleistungen — aus strukturellen Gründen — zumeist noch steigen.

Infolge der Baisse auf den Weltrohstoffmärkten haben sich die „terms of trade“ weiter zugun-

sten der Industrieländer verschoben und entscheidend dazu beigetragen, daß sich ihre Handelsbilanzen verbesserten. Dies hatte eine Entlastung der Zahlungsbilanzen und eine Anreicherung der Devisenreserven zur Folge. Besonders bemerkenswert ist der rasche Wiederanstieg der britischen Gold- und Dollar-Reserven in den letzten Monaten. Die damit verbundene Stärkung des Pfund-Sterling dürfte die Gefahr einer erneuten Spekulation gegen die britische Währung vorerst bannen. Dagegen ist die französische Zahlungsbilanz noch von einer Konsolidierung entfernt. Hier sind sogar noch weitere Importrestriktionen erforderlich geworden, da ein erheblicher Teil der erst im Januar dieses Jahres gewährten Auslandskredite bereits aufgezehrt ist.

Die Umsätze im Welthandel, die noch im dritten Vierteljahr 1957 erheblich über dem Vorjahr lagen, im vierten jedoch nur noch eine geringe Zunahme aufwiesen, unterschritten im ersten Vierteljahr 1958 nach Menge und Wert merklich den Vorjahresumfang. Allerdings stand der Welthandel im ersten Vierteljahr 1957 noch unter den Auswirkungen des Suez-Konfliktes, doch auch unter Berücksichtigung der damaligen ungewöhnlichen Erhöhung der Umsätze läßt die Entwicklung seit der Jahreswende 1957/58 die Tendenz zur Rückbildung erkennen. Der Welthandel folgt damit — wenn auch mit Verzögerung — der konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern. Überdies behindern einflussreiche Faktoren, wie u. a. unmittelbar restriktive Maßnahmen, verschärfter Protektionismus im Agrarsektor und auch in industriellen Bereichen, den internationalen Warenaustausch.

Die Frachtraten im Seeverkehr fielen von ihrem Höchststand Ende 1956 bis in die Gegenwart meist noch stärker als die Weltrohstoffpreise, da das — durch anhaltend rege Schiffbautätigkeit trotz umfangreicher Auflegungen — steigende Angebot an Frachtraum auf einen kaum noch wachsenden, neuerdings sogar verringerten Güterverkehr gestoßen ist. Ungeachtet zahlreicher Stornierungen von Schiffbauaufträgen wird die Stapellauf tonnage weiter groß bleiben, so daß ohne einen Umschwung im Welthandel der Druck auf den Frachtenmärkten noch zunehmen wird.

Die Dämpfung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage in den Industrieländern, die den Auslandswettbewerb verschärfte, hat dazu geführt, daß die Preise der Ausfuhrwaren der Industrieländer in den ersten Monaten 1958 kaum noch gestiegen sind. Andererseits haben die Rohstoffpreise ihre sinkende Tendenz bis in das Frühjahr hinein beibehalten; sie liegen um die Jahresmitte 1958 fast ausnahmslos unter dem Vorjahresstand. Marktregulierende Abkommen der Rohstoffländer mit dem Ziel, das Angebot zu beschränken, sowie saisonale Einflüsse haben dazu beigetragen, daß sich die Abwärtsentwicklung der Rohstoffpreise in den letzten Monaten verlangsamt oder annähernd zum Stillstand kam. Die seit längerer Zeit festzustellende Verbesserung der „terms of trade“ der Industrieländer, der eine entsprechende Verschlechterung der Preisrelation von Ausfuhr- und Einfuhrwaren in den Rohstoffländern entspricht, hat demnach bis in die jüngste Zeit angehalten, wenn sich diese Entwicklung auch sehr abgeflacht hat.

Sowohl die Preis- als auch die Nachfragegestaltung auf den Weltmärkten haben sich weiter

nachteilig auf die wirtschaftliche Lage der Agrar- und Rohstoffländer ausgewirkt. Mit dem Auslaufen langfristiger, bei einem höheren Preisstand abgeschlossener Lieferverträge werden sich die Ungleichgewichte der Handels- und Zahlungsbilanzen dieser Länder verschärfen und sie zu einer weiteren Drosselung ihrer Einfuhr zwingen. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsentwicklung und die Ernteaussichten in den Industrieländern wenig Hoffnung auf eine steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarerzeugnissen in der nächsten Zeit zulassen.

Anzeichen für eine baldige stärkere konjunkturelle Wiederbelebung in der westlichen Welt liegen nicht vor. Selbst eine leichte Zunahme der wirtschaftlichen Tätigkeit der Vereinigten Staaten gegen Jahresende dürfte den Rohstoffländern keine nennenswerte Erleichterung bringen, schon weil die Vereinigten Staaten über reichliche Rohstoffvorräte und ungenutzte Kapazitäten im Grundstoffbereich verfügen. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa, dem wichtigsten Importeur von Rohstoffen, in den nächsten Monaten im Zeichen einer Stagnation oder gar einer leichten Rückbildung stehen wird.

Um in der westlichen Welt eine längere Phase der Unterbeschäftigung von Produktionsfaktoren, die stets die Gefahr eines Abgleitens in einen konjunkturellen Rückgang in sich trägt, zu vermeiden, dürfte es angebracht sein, dort, wo genügend realer Expansionspielraum vorhanden ist — wie vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika —, die Konjunkturpolitik stärker als bisher zu aktivieren. Zumindest sollte jede Maßnahme unterbleiben, die eine Beschäftigung der nationalen Produktionsfaktoren durch Aufrichtung von Handelsschranken und damit auf Kosten einer internationalen Expansion zu sichern versucht. Protektionistisches Verhalten, das auch die Form freiwilliger Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen annehmen kann, beeinträchtigt die internationale Arbeitsteilung und hemmt eine allen Partnern zugute kommende volle Entfaltung der produktiven Kräfte. In diesem Sinne sollten auch in allen Industrieländern die Möglichkeiten des Kapitalexportes zugunsten der Entwicklungsländer ausgeschöpft werden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die das wirtschaftliche Wachstum bestimmenden Kräfte waren in Westdeutschland auch im ersten Halbjahr 1958 stark genug, um die Gesamtnachfrage und die gesamte Produktionsleistung weiterhin gegenüber dem Vorjahr ansteigen zu lassen. Allerdings hat sich das nominale und reale Wachstum merklich verlangsamt.

Der Einkommenskreislauf hat sich im ersten Halbjahr 1958 gegenüber dem Vorjahr um etwa 6 vH erweitert, und zwar vor allem deshalb, weil der Aktivsaldo der Leistungsbilanz trotz der Stagnation der Ausfuhr gewachsen ist und — im Gegensatz zum ersten Halbjahr 1957 — inlands-wirksame Ausgabenüberschüsse der öffentlichen Haushalte vorlagen. Von der Entwicklung der Investitionsausgaben der Wirtschaft sind nur vorübergehend keine Impulse auf das Wachstum der Gesamtnachfrage ausgegangen. Neuerdings tragen aber auch sie wieder dazu bei.

In Realwerten gerechnet kann man das Wachstum des Bruttosozialprodukts gegenüber dem ersten Halbjahr 1957 auf reichlich 2 vH schätzen. Dabei hat sich das Arbeitsvolumen geringfügig verringert, da die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nicht ganz so stark zunahm, wie sich die durchschnittliche Arbeitszeit verkürzte. Die Steigerung des realen Sozialprodukts hat sich daher allein daraus ergeben, daß die Produktivität weiterhin anstieg: die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung je Beschäftigtenstunde dürfte um schätzungsweise 3 vH höher gewesen sein als vor Jahresfrist.

Erheblich abgeschwächt hat sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte der allgemeine Preisauftrieb. Er ist gegenwärtig wahrscheinlich schon ganz zum Stillstand gekommen. Das Preisniveau der entsprechenden Vorjahreszeit wurde aber auch im zweiten Jahresviertel noch beträchtlich — um mindestens 3 vH — überschritten.

Seit dem Frühjahr wieder erhöhte Investitionsausgaben

Der witterungsbedingte Rückgang der Bauinvestitionen hatte dazu geführt, daß im ersten Vierteljahr 1958 der Wert der Anlageinvestitionen nur etwa die entsprechende Vorjahrshöhe erreichte, da das stetige Wachstum der Ausgaben für Maschinen und andere Ausrüstungsgüter durch den Ausfall an Bauinvestitionen ausgeglichen worden war. Nachdem die Bauarbeiten wieder voll aufgenommen worden sind, tragen auch die Gesamtausgaben für Anlageinvestitionen wieder zur Ausweitung des Einkommenskreislaufs bei. Die Steigerung dieser Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ist im zweiten Vierteljahr auf etwa 5 vH zu schätzen.

Die Auftragslage der Bauwirtschaft läßt erwarten, daß das Bauvolumen im weiteren Verlauf des Jahres weiter zunehmen und den entsprechenden Vorjahrsstand übersteigen wird. Die Entwicklung sowohl der Baugenehmigungen als auch der Zusagen oder Bereitstellungen von Finanzierungsmitteln lassen erkennen, daß für das ganze Jahr 1958 wohl ein gleiches, ja vielleicht sogar ein etwas höheres Bauvolumen gesichert ist als 1957. Dabei spielen allerdings die Rüstungsbauten eine gewisse Rolle. Die Bauleistungen ohne den Rüstungsbau werden etwas niedriger sein als 1957.

Auf den Märkten der Investitionsgüterindustrien ist die Nachfrage offenbar weiter im Wachstum begriffen, worauf die seit längerem nicht unerhebliche Steigerung des Auftragseingangs aus dem Inland in der Gesamtheit der Investitionsgüterindustrien hinweist. Zwar ist zu berücksichtigen, daß der darin enthaltene Anteil an langlebigen Verbrauchsgütern zunahm, die sich nach wie vor teilweise einer sehr raschen Ausweitung der Nachfrage erfreuen. Dennoch unterbauen die Aufträge auf „reine“ Investitionsgüter ein weiteres Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen.

Mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen ist in den nichtindustriellen Bereichen, u. a. in der Landwirtschaft und in der Energiewirtschaft zu rechnen. Die Investitionstätigkeit der Industrie wird vermutlich konjunkturell gleichbleiben. Das hier erreichte Niveau der Investitionen ist aber so hoch, daß sich die industrielle Produktionskapazität — wie bisher — stärker erweitern wird als die Produktion.

Anhaltend hohe außenwirtschaftliche Überschüsse

Unter dem Einfluß der konjunkturellen Abschwächung in der westlichen Welt und der Verschlechterung der Zahlungsbilanzlage in zahlreichen Absatzländern hat sich die Situation des westdeutschen Außenhandels insofern gewandelt, als das seit 1950 beständig anhaltende Wachstum der Exporte im ersten Halbjahr 1958 verloren ging. Wenn trotzdem der Überschuß der Handelsbilanz weiter anstieg, so nur deshalb, weil der Wert der Einfuhr wegen des starken Rückgangs der Einfuhrpreise erheblich gesunken ist. Dem Volumen nach hat sich das Wachstum der Importe mit allerdings stark verlangsamtem Tempo noch fortgesetzt.

Insbesondere hat sich die Einfuhr an Fertigerzeugnissen, und zwar sowohl an Konsum- als auch an Investitionsgütern, erheblich erhöht, was einmal eine Folge der konjunkturpolitischen Zollsenkungen, darüber hinaus aber auch Ausdruck der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Handelspartner ist. Demgegenüber erreichte die Einfuhr an Rohstoffen und Halbwaren insgesamt auch mengenmäßig nicht mehr den Vorjahrsstand, da sich die gewerbliche Wirtschaft angesichts der konjunkturellen Dämpfungserscheinungen und der rückläufigen Preistendenz auf den Rohstoffmärkten in ihren Einfuhrdispositionen zurückhielt. Zugleich führte die erhöhte Inlanderzeugung an Nahrungs- und Futtermitteln und die hohe Bevorratung auch zu einem merklichen Rückgang der Agrarimporte.

Da sich der im Dienstleistungsverkehr erzielte Überschuß kaum vermindert hat, führte die erhöhte Aktivität der Handelsbilanz zu einer fast ebenso starken Zunahme des Überschusses der gesamten Leistungsbilanz. In der ersten Hälfte von 1958 dürfte dieser etwa 4,5 Mrd. DM erreicht haben, mithin im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Viertel gestiegen sein. Damit sind auch im bisherigen Verlauf dieses Jahres von der Außenwirtschaft erhebliche expansive Einflüsse auf den inländischen Einkommenskreislauf ausgegangen, wiewohl sie nicht mehr ganz so stark waren wie im zweiten Halbjahr 1957.

Wenn sich auch die Passivierung der Kapitalbilanz einschließlich der unentgeltlichen Leistungen — nach vorübergehender Unterbrechung im zweiten Halbjahr 1957 — verstärkt fortgesetzt hat, so reichte dies bei weitem nicht aus, um den Überschuß der Leistungsbilanz aufzuzehren. Zwar hat sich der Saldo der gesamten Leistungs- und Kapitalbilanz im Vergleich zur zweiten Hälfte von 1957 etwas verringert, gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit zeigt er immerhin noch eine beträchtliche Zunahme. Infolge der Verschlechterung der „terms of payment“ hat allerdings der Aktivsaldo der gesamten Leistungs- und Kapitalbilanz bei weitem nicht in vollem Ausmaß zu Devisenzuflüssen bei der Bundesbank und den Geschäftsbanken geführt.

Solange die Wirtschaft der Industrieländer im Zeichen konjunktureller Schwächetendenzen steht, kann mit einer Wiederbelebung der Ausfuhr nach diesen Ländern schwerlich gerechnet werden. Die verringerte Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer wird außerdem zu einer zunehmenden Beeinträchtigung der Ausfuhr auch nach diesen Ländern führen.

19. JAN. 1959

Unter diesen Voraussetzungen wird für die kommenden Monate realistischerweise zumindest ein Anhalten der gegenwärtigen Stagnation, möglicherweise sogar ein leichter Rückgang der Exporte in Rechnung gestellt werden müssen. Gleichwohl dürfte sich hierdurch an der hohen Aktivität der Handelsbilanz kaum etwas ändern, da für die Einfuhr in den kommenden Monaten eine gleichstarke rückläufige Tendenz wie bisher zu erwarten ist.

Steigende Defizite der öffentlichen Haushalte

Die Kassendefizite der öffentlichen Haushalte trugen — wie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres — auch weiterhin zur Ausweitung der Einkommen bei. Da nun insbesondere bei der Vorausschätzung der Steuereinnahmen des Bundes für das Rechnungsjahr 1958 die sich allmählich deutlicher abzeichnende Tendenz eines langsameren Anwachsens seiner Einnahmen offensichtlich zu wenig berücksichtigt wurde, dürfte allein aus diesem Grunde mit einem höheren Defizit der Bundeskasse zu rechnen sein als zunächst angenommen. Eine weitere Erhöhung kann aus der neuerlichen Verpflichtung des Bundes zur Fortzahlung von Stationierungskosten resultieren, da hierdurch die in den Ausgabeansätzen des Verteidigungshaushaltes möglicherweise enthaltene Reserve praktisch erschöpft wird.

Unabhängig von diesen Überlegungen hat sich das ursprünglich mit 4,5 Mrd. DM veranschlagte Haushaltsdefizit des Bundes für das Rechnungsjahr 1958 nach Änderung verschiedener Einnahme- und Ausgabeansätze auf etwa 4,9 Mrd. DM erhöht. Nimmt man nur diese Größe zum Ausgangspunkt, so steht zu erwarten, daß dem Bund — nach einer nicht unbeträchtlichen Erhöhung der Zahlungen an das Ausland — rund 0,5 Mrd. DM Ausgabenüberschüsse bei seinen Kassentransaktionen mit dem Inland erwachsen.

Die Kassenlage der übrigen Gebietskörperschaften spannt sich infolge des gleichfalls verlangsamten Anwachsens ihrer Einnahmen und ihrer ständig steigenden Investitionsausgaben weiter an, so daß auch hier mit erhöhter Defizitbildung gerechnet werden muß. Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Unterlagen lassen vermuten, daß die Einnahmen der Länder und Gemeinden um etwa 2 bis 3 Mrd. DM hinter den Ausgaben zurückbleiben werden.

Für die Gesamtheit der Gebietskörperschaften dürfte sich somit während des gegenwärtigen Rechnungsjahres ein beträchtlich höheres inlands-wirksames Defizit als im vergangenen Jahr ergeben. Dieses Defizit dürfte in gewissem Umfang bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres entstehen. Es ist anzunehmen, daß ein Teil hiervon durch Kapitalaufnahme in Form von Anleihen finanziert wird. Inwieweit eine derartige Ausgabenfinanzierung zu verstärkter Einkommensbildung führt, ist schwer zu beurteilen.

Langsamere Zunahme von Einkommen und Verbrauch

Das Einkommen hat im ersten Halbjahr 1958 weiter zugenommen. Eine Verlangsamung im Wachstum zeigt sich nur bei den Einkommen aus Lohn und Gehalt, die ihren vergleichbaren Vorjahrsstand weniger (+ 5 vH) überschritten als im zweiten Halbjahr 1957 (+ 6 bis + 7 vH). Die Ursachen hierfür lagen darin, daß der Zuwachs in

der Zahl der Beschäftigten weiter nachließ und die Lohn- und Gehaltsätze nicht mehr in dem gleichen Ausmaß angehoben wurden wie im Vorjahr. Die von der Arbeitszeitverkürzung auf die Einkommensentwicklung ausgehenden retardierenden Einflüsse haben dagegen an Wirkung verloren. Da sich die Abzüge vom Arbeitseinkommen stärker erhöhten als das Bruttoeinkommen, ist das Nettoeinkommen aus Lohn und Gehalt langsamer gestiegen als das Bruttoeinkommen.

Die Wachstumsrate der Sozialeinkommen hat sich, wenn man das erste Halbjahr 1958 im ganzen betrachtet, kaum verringert. Vom ersten zum zweiten Vierteljahr 1958 ging sie jedoch beträchtlich zurück, und zwar, weil im April des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der Rentenreform außergewöhnlich hohe Nachzahlungen geleistet worden waren.

Infolge dieser Entwicklung des Nettoarbeitseinkommens und der Sozialeinkommen hat sich der Anstieg des Masseneinkommens verlangsamt. Die Wachstumsrate betrug im ersten Halbjahr 1958 8 vH gegen noch 10 bis 11 vH im zweiten Halbjahr 1957.

Demgegenüber blieb das Wachstum der Bruttoeinkommen der Selbständigen und Unternehmungen fast unverändert. Die Nettoeinkommen aber sind beschleunigt gestiegen, da das Aufkommen an den von ihnen zu entrichtenden Steuern kaum zugenommen hat.

Insgesamt haben sich die den privaten Haushaltungen zur Verfügung stehenden Einkommen um etwa 7 bis 8 vH gegenüber dem Vorjahr erhöht. Es wurde jedoch in vermehrtem Ausmaß gespart, so daß der private Verbrauch nur um etwa 6 bis 7 vH zunahm.

Die Nachfrage der Konsumenten wandte sich auch in den letzten Monaten vermehrt langlebigen Konsumgütern zu. Vor allem aber bewirkten überhöhte Lagerbestände des Einzelhandels, verstärkte Importe und ungünstige Witterungseinflüsse, daß die Zunahme der Konsumentenausgaben den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien nur in abgeschwächtem Ausmaß zugute kam. Besonders stark betroffen wurde von diesen Vorgängen die Textilindustrie, in der sich bereits im vergangenen Jahr große Lagerbestände gebildet hatten. Eine Bereinigung dieser Situation ist nicht vor den Herbstmonaten zu erwarten.

Hohe Liquidität, ergiebige Kapitalmärkte, geringe Konsolidierung

Die Liquidität der Wirtschaft und der Banken hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres weiter erhöht. Hierzu trugen hauptsächlich die anhaltenden Devisenüberschüsse, aber auch die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte bei. Die Wirtschaft nützte ihre Liquiditätszuflüsse weit mehr zur Anreicherung ihrer Kassenbestände und längerfristigen Bankguthaben als zur Verringerung ihrer kurzfristigen Verschuldung. Diese Entwicklung läßt darauf schließen, daß der Konsolidierungswille der Wirtschaft, d. h. das Bestreben, kurzfristige Schulden in langfristige zu verwandeln, im ganzen gering ist. Dem widerspricht auch nicht die verstärkte Emissionstätigkeit der Industrie und die beschleunigte Zunahme der längerfristigen Bankkredite. Diese Mittel werden im wesentlichen zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen. Der Anteil der kurzfristigen Verschuldung der privaten Wirtschaft geht somit

tendenziell zugunsten der längerfristigen Verschuldung zurück.

Die seit längerem zu beobachtende Verbilligung der Kredite wurde durch die vor kurzem vorgenommene Diskontsenkung von 3,5 auf 3% unterstützt. Die durch die Änderung des Habenzinsabkommens beabsichtigte Senkung der Zinssätze für Bankeinlagen zielt im wesentlichen auf eine Verringerung des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland ab. Im Inland würde nämlich eine nennenswerte Senkung des Zinsniveaus für Bankguthaben einen Abfluß derartiger Mittel zu den Wertpapiermärkten herbeiführen und damit die Tendenz sinkender Kapitalzinsen verstärken. Dieser Entwicklung sind jedoch durch die erhöhte Kapitalaufnahme öffentlicher Stellen Grenzen gesetzt. Zunächst kann nicht damit gerechnet werden, daß der sinkende Zinstrend die privaten Investitionen anregt, da die Zinssätze auf den Kapitalmärkten noch immer über dem erwarteten Gleichgewichtsniveau liegen.

Stabilität des Preisniveaus?

Die Preissteigerungen sind — nach einer sich über mehrere Jahre hinziehenden Periode allgemein steigender Preise — in den letzten Monaten weitgehend zum Stillstand gekommen. Der Spielraum für Preiserhöhungen wurde zunehmend kleiner, da in vielen Bereichen teils das potentielle, teils sogar das effektive Angebot schneller wuchs als die Nachfrage. Zur Verschärfung des Wettbewerbs hat nicht nur die erhöhte inländische Angebotsbereitschaft, sondern auch das verstärkte Vordringen ausländischer Güter auf den heimischen Märkten beigetragen, das durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gefördert wurde. Auch von der Kostenseite her wurde der Anlaß zu Preissteigerungen geringer, eine Entwicklung, die sowohl durch sinkende Preise der eingeführten Rohstoffe als auch durch eine Abschwächung der Lohnerhöhungsrate zustande kam.

In den ersten Monaten dieses Jahres stand der Preisverlauf verhältnismäßig stark unter dem Einfluß autonomer Preiserhöhungen, die zum Teil eine Anpassung an vorausgegangene Kostensteigerungen darstellten, zum Teil mit dem Abbau von Subventionen zusammenhingen. Außerdem übte vorübergehend die witterungsbedingte Verknappung des Angebots einiger Agrarprodukte eine preissteigernde Wirkung aus. Die sich aus dem Konjunkturverlauf ergebende Dämpfung der Preisauftriebskräfte trat daher, vor allem auf dem Gebiet des privaten Verbrauchs, erst in den letzten Monaten deutlicher in Erscheinung.

Die Preisreaktion auf die Veränderung der Angebot-Nachfrage-Situation ist freilich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschieden. In den großen Grundstoffindustrien, im Steinkohlenbergbau sowie in der eisenschaffenden Industrie, blieb sie trotz der Absatzschwierigkeiten infolge hoher Einfuhren, die auch durch das Preisgefälle zwischen inländischen Erzeuger- und Importpreisen entstanden oder verschärft wurden, gering. Spürbare Preisrückgänge — in offener oder verdeckter Form — sind in einigen Verbrauchsgüterindustrien eingetreten. Die Stabilität oder Rückläufigkeit der Preise industrieller Vorprodukte gelangt erst in jüngster Zeit in den Fertigwarenpreisen zum Ausdruck; dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Das Angebot von Agrarprodukten wird in den nächsten Monaten in Relation zur Nachfrage reichlich sein, so daß die Preise für Nahrungsmittel wahrscheinlich etwas sinken werden. Da die im industriellen Bereich erfolgten Preisrückgänge sich allmählich bis in die Einzelhandelsstufe durchsetzen werden, liegen für eine weitgehende Stabilisierung günstige Voraussetzungen vor. Damit würden die immer noch vorhandenen Steigerungstendenzen im Bereich der Dienstleistungen und der staatlich fixierten Preise mehr oder weniger kompensiert werden.

Ausblick

Nachdem die witterungsbedingte, verhältnismäßig ungünstige Entwicklung abgeschlossen ist, läßt die derzeitige Kräftekonstellation erwarten, daß sich das reale Wachstum des westdeutschen Sozialprodukts in der zweiten Jahreshälfte 1958 — am Vorjahrsstand gemessen — nicht weiter abschwächen, sondern eher verstärken wird⁴⁾.

Die Entwicklung des Sozialprodukts kann deshalb verhältnismäßig günstig beurteilt werden, weil mit wieder verstärkter Zunahme der Investitionen und einer sich beschleunigenden Ausweitung des Staatsverbrauchs zu rechnen ist, und dies bei sich erhöhenden Kassendefiziten der öffentlichen Haushalte und weiter steigenden Aktivsaldo der Leistungsbilanz. Demgegenüber wird sich das Wachstum des privaten Verbrauchs erheblich verlangsamen.

Der Arbeitskräftebedarf, der sich bei einer vermutlich mindestens ebenso großen Fortschrittsrate der Produktivität wie im ersten Halbjahr ergeben wird, läßt sich aus dem Zuwachs an Erwerbspersonen im allgemeinen ohne erneute Spannungen decken.

Das allgemeine Wachstum von Produktion und Beschäftigung schließt aber nicht aus, daß es in einzelnen Bereichen der Wirtschaft vorübergehend zu Stagnation, ja sogar zu leichten Produktionseinschränkungen kommt, und zwar vor allem dort, wo hohe Lagerbestände den Zusammenhang zwischen Verbrauch und Produktion unterbrochen haben. In Teilbereichen des Arbeitsmarkts können sich trotz erhöhter Mobilität der Arbeitskräfte allerdings Verknappungen ergeben.

Die Vollbeschäftigung wird somit erhalten bleiben. Bei der gegenwärtigen Entwicklung von Produktion und Investition wird der Grad der Kapazitätsauslastung in der Industrie allerdings weiter zurückgehen. Jedoch deuten die Angaben, die über die Investitionsplanungen der Industrie vorliegen, darauf hin, daß sich die Investitionsausgaben der Industrie in den kommenden Monaten nicht verringern werden. Von dieser Seite ist daher kaum eine Beeinträchtigung des realen Wachstums zu erwarten.

Mit einer Abschwächung der Investitionsbereitschaft müßte aber wohl gerechnet werden, wenn die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen mit der Zeit nicht wieder kräftig zunähme. Ob dies noch im laufenden oder erst im nächsten Jahr der

⁴⁾ Infolge einer ungünstigeren Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung, insbesondere der Investitions- und der Exporttätigkeit in den kommenden Monaten, kann sich das Hamburgische Weltwirtschafts-Archiv der Auffassung nicht anschließen, daß das reale Wachstum des westdeutschen Sozialprodukts sich bereits in der zweiten Hälfte 1958 nicht weiter abschwächen, sondern eher verstärken wird.

Fall sein wird, hängt weitgehend auch von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland ab. Würde sich der Auftragseingang in der Industrie nicht wieder beleben, so könnten ernstliche Gefahren für das gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht ausbleiben.

Die für die nächste Zeit zu erwartende gesamtwirtschaftliche Situation ist auch insofern positiv zu werten, als das Angebot-Nachfrage-Verhältnis insbesondere auf den Verbrauchsgütermärkten ausgeglichener sein wird als seit langem. Da mit einer anhaltenden Mäßigung der Lohn- und Gehaltserhöhungen gerechnet werden kann, bestehen weder Ursachen noch Möglichkeiten für einen nennenswerten Anstieg der Preise des privaten Verbrauchs. Er ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil sich die Sparquote wahrscheinlich tendenziell nochmals, wenn auch nicht im bisherigen Tempo, erhöhen wird.

Die Geldkapitalbildung wird sich weiter verstärken; ihre Zusammensetzung im Hinblick auf die Finanzierung langfristiger Investitionen verbessert sich hierbei, weil der Anteil der Wertpapierkäufe zunimmt. Die sich fortsetzende Tendenz sinkender Kapitalzinsen wird die Investitionsneigung aber zunächst noch nicht anregen. Da das Bedürfnis, ausländische Wertpapiere und Realbesitz im Ausland zu erwerben, nicht zuletzt aus Rentabilitätsersparungen, noch gering ist, wird die erhöhte Leistungsfähigkeit des inländischen Kapitalmarktes der Deckung des Auslandsbedarfs an Investitionsmitteln kaum in größerem Umfang als bisher zugute kommen.

Unter diesen Umständen beschränkt sich der Beitrag Westdeutschlands zur Verbesserung der internationalen Liquidität im wesentlichen auf die steigenden Wiedergutmachtungsleistungen und den zunehmenden staatlichen Kapitalexport.

Abgeschlossen in Essen am 5. Juli 1958

Arbeitskräftemangel bei zunehmender Überalterung der Berufstätigen in der SBZ

Das Wachstum der sowjetzonalen Wirtschaft hängt künftig im wesentlichen von der Steigerung der Arbeitsproduktivität ab. Erstmals wird im Gesetz über den 2. Fünfjahrplan 1956 bis 1960 mit der Bemerkung, daß die in diesem Zeitabschnitt gestellten Aufgaben in der Regel mit einer gleichbleibenden Zahl von Beschäftigten erfüllt werden müssen, von offizieller Seite auf den Arbeitskräftemangel hingewiesen. Er bereitet dem System bereits seit längerer Zeit ernsthafte Sorgen, hat jetzt aber ein durchaus kritisch zu nennendes Stadium erreicht.

Bei der Analyse der Gesamtzahl der Berufstätigen ist zu berücksichtigen, daß die sowjetzonale Statistik in ihren Veröffentlichungen einen bestimmten Kreis von Beschäftigten nicht mit erfaßt¹⁾. An Hand der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 31. August 1950, die alle Berufstätigen — also auch die Sondergruppen — einbezog, läßt sich abschätzen, daß zum damaligen Zeitpunkt 680 000 Personen auf diese Sondergruppen entfielen, davon etwa 300 000 auf die SDAG Wismut mit den ihr angeschlossenen Betrieben. Bis Ende 1957 ist nach der offiziellen Statistik die Zahl der Beschäftigten bei sinkender Gesamtbevölkerung zwar von 7,8 auf 8,15 Mill. gestiegen. Da jedoch nur noch etwa 450 000 Personen in den Sondergruppen, vorwiegend (etwa zwei Drittel) als Angehörige der Polizei und der Streitkräfte, beschäftigt waren, hat sich die Gesamtzahl aller Berufstätigen nur um 0,12 Mill. auf knapp 8,6 Mill. erhöht.

Die im arbeitsfähigen Alter stehende Bevölkerung ist von September 1950 bis Ende 1957 um rd. 800 000 Personen auf etwa 10,95 Mill. zurückgegangen, während die Zahl der noch arbeitenden Altersrentenempfänger von 427 000 (5 vH) im Jahre 1950 bis Ende 1957 auf rd. 600 000 gleich 7 vH der Gesamtbeschäftigten gestiegen ist. Ursache für den Rückgang ist vor allem der starke Flüchtlingsstrom in diesen Jahren, von dem fast dreiviertel im arbeitsfähigen Alter standen. Bis zum Jahre 1959 würde sich rechnerisch nach dem Altersaufbau Ende 1956 eine leichte Zunahme (1958 um 31 000; 1959 um 17 000) ergeben. Ab 1960 wird sich die Arbeitsmarktlage aber weiter verschärfen, da von diesem Zeitpunkt ab auch auf Grund der Altersstruktur die Abgänge aus der arbeitsfähigen

Bevölkerung die Zugänge zum Teil erheblich übersteigen (1961 etwa 96 000). Diese Tendenz verstärkt sich durch die bis 1965 beabsichtigte Einführung der Mittelschulpflicht, die den Schulabgang auf ein Schüleralter von 16 bis 17 Jahren heraufsetzt.

Arbeitskräftereserven sind kaum noch vorhanden. Die straffe Erfassung aller Arbeitsfähigen und die wegen der hohen Lebenshaltungskosten relativ starke Frauenarbeit hat die natürlichen Reserven bereits weitgehend ausgeschöpft. Der laufende Zugang durch Schulabgänger, ausgelernte Lehrlinge, Absolventen der Hoch- und Fachschulen sowie entlassene Soldaten wird durch den Altersabgang und die Flüchtlingsverluste überkompensiert. Auch die Mehrzahl der Häftlinge in Strafanstalten und Gefängnissen dürfte heute schon im Arbeitsprozeß stehen. Ebenfalls gibt es praktisch keine Arbeitslosenreserve (Durchschnitt 1957 etwa 22 200).

Nachdem am 30. September 1954 die Verordnung über Lenkung und Einweisung von Arbeitskräften aufgehoben worden ist, sind Zwangseinweisungen einschließlich der Umsetzung innerhalb der Wirtschaft gesetzlich nicht mehr möglich. Indirekte Beeinflussung bei Umsetzungsaktionen durch örtliche Organe hatte keinen Erfolg. Noch unbeschäftigte Hausfrauen und Rentner können im allgemeinen nur bedingt (Halbtagsarbeit) und in wenigen Bereichen (Textil, Konfektion, Elektrotechnik, Handel, Verwaltung) eingesetzt werden. Eine bei den Verwaltungs- und Wirtschaftsangestellten in begrenztem Umfang noch vorhandene Arbeitskräftereserve hat sich den Bemühungen von SED und Regierung auf eine Umsetzung in die unmittelbare Produktion bisher erfolgreich entziehen können. Bei der Aufwendigkeit des Plansystems dürfte hier auch in Zukunft kaum mit sichtbaren Erfolgen zu rechnen sein.

Seit 1955 sind die Beschäftigtenzahlen (ohne die Sondergruppen) rückläufig. Gegenüber dem Höchststand von 1954 haben sie bis Ende 1956 um 68 000 auf 8,18 Mill. abgenommen. Die leicht fallende Tendenz dürfte auch 1957 angehalten haben.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist die Entwicklung durchaus unterschiedlich verlaufen. Einem akuten Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und zum Teil in der Industrie steht eine teilweise überdurchschnittliche Steigerung der Beschäftigtenzahlen bei der Post, dem Verkehr, dem Handel und insbesondere in den Bereichen außerhalb der materiellen Produktion gegenüber. Der Rückgang beim produzie-

¹⁾ Dazu gehören die SDAG Wismut, Volkspolizei, Streitkräfte, Ministerium des Innern, Amt für Technik einschl. der diesem unterstellten Betriebe sowie einige kleinere Beschäftigtengruppen der bei ausländischen Dienststellen Tätigen.

Altersstruktur der Beschäftigten¹⁾ in der SBZ 1953 und 1956
in vH; insgesamt bzw. Wirtschaftsbereiche jeweils = 100

Wirtschaftsbereich	Zeit ²⁾	Altersgruppe (volle Jahre)					
		unter 18	18 bis 39	40 bis 49	50 bis 59	60 bis 64	65 u. dar- über
Industrie	1953	11,0	39,4	24,3	18,2	4,6	2,5
	1956	10,0	39,7	19,8	21,2	5,5	3,8
Bau- einschl. Bau- handwerk	1953	12,9	37,8	23,1	16,8	5,3	4,1
	1956	15,6	39,7	16,3	17,9	5,2	5,3
Produzierendes Handwerk ohne Bauhandwerk	1953	13,9	31,8	25,1	18,0	5,7	5,5
	1956	16,1	30,5	18,3	21,7	6,5	6,9
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1953	9,3	34,0	24,7	19,4	6,3	6,3
	1956	7,6	34,4	19,3	24,4	7,2	7,1
Verkehr ohne Post	1953	6,2	37,3	24,9	20,7	7,8	3,1
	1956	6,7	37,1	21,0	22,5	7,6	5,1
Post	1953	5,3	38,6	24,2	23,1	6,3	2,5
	1956	6,9	35,7	20,2	24,5	7,6	5,1
Handel	1953	8,1	39,3	25,1	18,2	5,1	4,2
	1956	9,3	36,9	21,0	21,9	5,8	5,1
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion	1953	6,7	48,6	21,4	16,0	4,4	2,9
	1956	6,8	44,1	19,2	19,6	5,6	4,7
Insgesamt	1953	9,7	38,7	24,1	18,3	5,3	3,9
	1956	9,5	38,1	19,5	21,7	6,1	5,1

¹⁾ Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsmitglieder, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige; ohne SDAG Wismut, Polizei, Streitkräfte, Ministerium des Innern, Amt für Technik einschl. diesem unterstellte Betriebe und einige kleinere Beschäftigtengruppen. — ²⁾ Stichtage 30. Juni 1953 und 31. Dezember 1956.

renden Handwerk dürfte sowohl auf eine stärkere Flüchtlingsquote als auch auf Abwanderung in andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Industrie, beruhen. Interessant ist diese Bewegung insofern, als sie zeigt, daß trotz aller Lenkungsmaßnahmen Dienstleistungs- und Verwaltungsberufe von der arbeitenaufnehmenden oder -wechselnden Bevölkerung bevorzugt werden.

Beschäftigte insgesamt¹⁾ und in den einzelnen
Wirtschaftsbereichen
1952 = 100; Stand jeweils am 31. Dezember

Wirtschaftsbereich	1953	1954	1955	1956
Industrie	103,9	108,4	104,9	103,7
Bau einschl. Bauhandwerk	104,8	98,5	100,6	100,0
Produzierendes Handwerk ohne Bauhandwerk	93,6	95,5	97,9	95,4
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	98,3	99,7	104,3	99,0
Verkehr ohne Post	100,7	106,3	103,7	107,8
Post	94,5	104,3	102,5	104,3
Handel	103,4	106,4	108,1	111,2
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion	101,6	111,9	109,3	113,2
Insgesamt	101,3	105,0	104,8	104,1

¹⁾ Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsmitglieder, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige; ohne SDAG Wismut, Polizei, Streitkräfte, Ministerium des Innern, Amt für Technik einschl. diesem unterstellte Betriebe und einige kleinere Beschäftigtengruppen.

Zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten einer ausreichenden Deckung des Arbeitskräftebedarfs kommt

als künftige Sorge die von Jahr zu Jahr wachsende Überalterung der Beschäftigten, die sich wegen der bis 1960 stetig fallenden Zahl der Schulabgänger aus den Grund- und Sonderschulen (1955 etwa 326 000; 1960 rd. 160 000) als Folge der geringen Geburtenjahrgänge der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsjahre noch verschärfen wird. Trotz einer ab 1961 wieder einsetzenden Zunahme werden jedoch in absehbarer Zeit die Schulabgangszahlen von 1955 und den Vorjahren nicht wieder erreicht werden.

Bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang, daß der Anteil der unter 18 Jahre alten Beschäftigten in der Landwirtschaft von 9,3 vH im Jahre 1953 auf 7,6 vH im Jahre 1956 zurückgegangen ist; in der Industrie sank der Anteil dieser Altersgruppen im gleichen Zeitraum von 11 auf 10 vH. Alle anderen Wirtschaftsbereiche, insbesondere Baugewerbe und produzierendes Handwerk, von denen ein beachtlicher Teil weder volkseigen noch genossenschaftlich ist, konnten ihren Anteil an jugendlichen Beschäftigten verbessern.

Besonders deutlich wird die zunehmende Überalterung bei Zusammenfassung der physisch leistungsfähigsten Jahrgänge bis unter 50 Jahre. Für die gesamte Wirtschaft ist der Anteil dieser Altersgruppen an allen Beschäftigten von 22,5 vH im Jahre 1953 auf 16,1 vH 1956 zurückgegangen. Verhältnismäßig günstig und über dem Durchschnitt hielten sich

das Baugewerbe mit einem Rückgang von 73,8 auf 71,6 vH, die Bereiche außerhalb der materiellen Produktion mit einem Rückgang von 76,7 auf 70,1 vH, die Industrie mit einem Rückgang von 74,7 auf 69,5 vH, und der Handel mit einem Rückgang von 72,5 auf 67,2 vH.

Wesentlich schlechter liegen die Verhältnisse in den restlichen Wirtschaftsbereichen. Hier fiel der Anteil der bis 50 Jahre alten Beschäftigten

in der Landwirtschaft von 68,0 auf 61,3 vH, bei der Post von 68,1 auf 62,8 vH, im Verkehr von 68,4 auf 64,8 vH und beim produzierenden Handwerk von 70,8 und 64,9 vH.

Bis 1960 und vor allem in der Periode des 3. Fünfjahresplans 1961 bis 1965 wird die Überalterung des Beschäftigtenpotentials erheblich an Bedeutung gewinnen.

Ein ständiges Wachstum des Produktionsvolumens ist bei sinkender Beschäftigtenzahl mit zunehmender Überalterung — bei unveränderter Arbeitszeit — nur mit einer laufenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Sicher ist sogar, daß die Arbeitsproduktivität in Zukunft schneller als die Produktion ansteigen muß. Ob die notwendigen Maschinen für eine gründliche Überholung des überalterten Maschinenparks sowie für eine weitgehende Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses frei gemacht werden können, bleibt abzuwarten. Neben einer erheblichen Einschränkung des bisherigen Maschinenexports werden für diesen Zweck beträchtliche Investitionsmittel bereitgestellt werden müssen.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 25. Juli 1958

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 8 Textseiten und 3 Zahlenbeilagen —



Gegenstand *)	Einheit †)	1957										1958					
		März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Anzahl der Werktag:		26	24	25	22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24	26	24	24	
Kredite an Nichtbanken																	
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	651	685	714	710	776	724	608	653	663	809	680	695	608	796	
Kreditbanken	"	"										30432,3	31708,7	31992,1	32223,5	32334,1	
an Wirtschaft u. Private	"	"										25067,2	25688,4	25944,1	26107,7	25695,8	
kurzfristige Kredite	vH	"										73,4	73,9	73,7	73,3	72,9	
dar. Wechselkredite	"	"										38,6	35,5	34,7	31,8	34,6	
mittelfristige Kredite	"	"										7,6	7,6	7,7	7,9	8,1	
langfristige Kredite	"	"										19,0	18,5	18,6	18,8	19,0	
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"										2062,5	2536,3	2428,3	2556,7	3122,0	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"										3302,6	3484,0	3619,6	3626,1	3816,3	
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"										73327,6	74037,3	75325,6	76192,6	77183,2	
an Wirtschaft u. Private	"	"										53315,5	52657,2	53056,8	53586,1	53929,4	
kurzfristige Kredite	vH	"										25,0	23,3	23,3	23,2	22,9	
dar. Wechselkredite	"	"										9,2	9,1	9,1	9,1	9,0	
mittelfristige Kredite	"	"										7,6	7,6	7,5	7,5	7,5	
langfristige Kredite	"	"										67,4	69,1	69,2	69,3	69,6	
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"										15087,2	16241,2	16844,8	16897,7	17091,0	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"										4924,9	5188,9	5424,0	5708,8	6162,8	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	15093	15544	15752	15861	15846	16142	16323	16481	16819	16481	16489	16986	16982	17103	17129
Sicht- und Termineinlagen, ges. von Wirtschaft und Privaten	"	"	38298	38447	39037	39163	39243	39582	40823	40528	40389	41970	40940	40829	41102	40909	42039
Sichteinlagen	vH	"	22862	24333	24437	24106	25354	26229	26571	27118	27220	28355	27556	27676	27967	28834	29168
Termineinlagen	"	"	66,4	66,4	66,3	66,8	66,5	65,5	64,4	64,7	64,7	67,0	63,5	63,1	63,9	64,2	64,3
von deutschen öff. Stellen.	Mill. DM	"	33,6	33,6	33,7	33,2	33,5	34,5	34,4	35,6	35,3	33,0	36,5	36,9	36,1	35,8	35,7
Sichteinlagen b. Kreditinst.) außerh. d. Zentralbanksyst.)	vH	"	15219	13971	14490	14698	13457	12983	13751	13211	13037	13474	13313	13007	13021	11983	12816
Sichteinlagen beim ZBS.	"	"	16,1	16,4	15,5	16,6	16,1	17,4	17,4	16,6	18,8	20,9	17,8	19,4	21,1	20,4	19,6
Termineinlagen	"	"	45,4	47,6	45,7	43,2	41,2	36,1	38,0	38,2	32,7	33,0	33,4	30,0	29,9	27,9	29,3
Einlagen allierter Dienststellen beim ZBS.	Mill. DM	"	38,5	36,0	38,8	40,2	42,7	46,5	44,6	45,2	48,5	46,1	48,8	50,6	49,0	51,7	51,1
Gegenwertmittel	"	"	217	143	120	359	432	370	501	199	132	141	71	146	114	92	55
Spareinlagen	"	"	174	175	167	152	181	172	246	177	161	168	190	218	299	249	206
	"	"	25754	26044	26344	26570	26692	27046	27404	27860	28179	29388	30172	30789	31309	31768	32162
Deutsche Bundesbank																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	18924,1	19519,5	20097,8	20605,0	21458,0	23178,4	24360,9	24288,7	24127,7	23841,3	23419,5	23286,4	23425,7	23675,9	24295,0
Gold	"	"	7334,4	7660,6	8034,5	8478,4	8886,9	9449,8	10032,6	10655,1	10691,5	10602,5	10429,9	10382,7	10260,7	10394,2	10422,5
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	10833,0	11119,9	11276,3	11305,5	11817,1	13474,0	14097,8	13418,1	13231,9	13064,5	12828,7	12752,4	13013,5	13127,6	13725,3
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	756,7	739,0	787,0	821,1	754,0	214,6	230,5	215,5	204,3	174,3	160,9	151,3	151,5	154,1	174,2
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverzinsl. Schuldverschreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM	S	390,0	227,9	314,4	516,8	759,1	609,1	520,0	618,2	571,8	485,8	750,6	897,5	684,5	1002,4	884,4
Pfandbriefe	vH	"	15,6	35,1	24,1	7,8	12,9	13,5	29,0	25,0	22,6	23,1	24,8	17,6	19,8	11,0	9,2
Kommunalobligationen	"	"	20,9	29,6	23,0	11,6	10,5	17,9	30,7	26,2	27,5	25,8	22,3	32,8	36,2	25,4	9,2
Öffentliche Anleihen	"	"	4,1	8,9	6,7	10,4	9,5	4,5	4,8	16,1	16,9	17,3	22,9	9,7	10,6	25,1	40,3
Industrieobligationen	"	"	25,5	11,4	21,4	16,8	15,7	15,5	20,1	15,2	9,7	10,8	14,1	22,5	28,3	6,1	34,6
Aktien	"	"	33,4	14,0	14,8	52,6	45,8	41,0	14,7	15,9	13,3	16,2	15,5	16,7	1,8	17,7	6,0
Kursdurchschnitt ³⁾																	
Aktien ⁴⁾	31.12.53=100	D	181,7	184,3	181,1	177,6	181,1	187,6	192,7	190,0	192,5	194,3	200,2	205,0	207,9	216,2	214,6
4%ige Wertpapiere	vH	"	79,02	78,89	79,27	79,37	79,61	80,27	81,14	82,70	84,07	84,41	85,71	86,67	88,62	90,03	91,68
5%ige Pfandbriefe	"	"	90,10	89,39	89,33	89,39	89,13	90,09	91,37	92,84	93,07	93,12	95,03	96,34	98,51	100,47	100,49
5%ige Kommunaloblig.	"	"	90,71	89,92	89,75	89,71	89,62	90,25	91,34	92,68	92,98	93,16	94,62	96,12	98,09	99,99	100,26
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	92,76	92,37	92,71	93,14	92,55	95,03	95,97	96,98	97,58	97,67	99,00	99,96	100,66	102,05	102,19
8%ige Industrieoblig.	"	"	99,21	99,86	100,05	100,02	100,91	101,58	101,65	102,25	102,39	102,47	103,42	103,88	104,06	104,45	103,89
Finanzen																	
Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern d. Bundes u. d. Länder ⁵⁾	Mill. DM	S	4267,6	2769,0	3191,3	4444,9	2961,4	3208,7	4491,1	2940,3	3310,1	4864,8	3321,8	2574,5	4416,1	2693	.
Besitz- und Verkehrssteuern ⁶⁾	"	"	2495,1	980,3	1105,5	2637,3	1110,2	1118,3	2637,2	971,7	1030,6	3013,2	1265,8	1034,4	2688,5	932	.
Lohnsteuer	"	"	321,7	316,0	391,4	405,6	432,4	498,5	445,7	462,1	439,8	489,2	614,1	417,7	340,3	385	.
Veranl. Einkommensteuer	"	"	1025,0	280,2	230,8	1054,3	224,9	163,1	1033,3	163,5	119,7	1109,9	177,7	108,5	1039,4	112	.
Körperschaftsteuer	"	"	819,4	116,1	116,3	808,7	100,2	87,3	863,3	103,7	108,6	1069,9	193,3	136,6	964,4	136	.
Umsatzsteuer	"	"	929,7	1019,5	1024,2	1019,4	1023,3	1041,3	1063,6	1087,2	1126,2	1096,6	1300,0	973,3	927,6	1057	.
Zölle und Verbrauchssteuern	"	"	763,1	670,2	691,6	720,7	740,7	714,0	750,9	793,7	767,4	755,0	756,0	566,8	799,9	704	.
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	79,7	99,0	370,3	67,5	87,2	335,2	39,4	87,7	386,0	58,8	91,6	345,8	70,6	.	.
Außenhandel⁸⁾																	
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	2697	2516	2664	2478	2709	2586	2588	2881	2752	2754	2712	2410	2595	2412	2393
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3232	2800	3204	2856	3058	3085	2866	3261	3184	3257	2600	2954	3078	2985	3013
Saldo ⁹⁾	"	"	+ 535	+ 284	+ 540	+ 378	+ 349	+ 499	+ 278	+ 380	+ 432	+ 503	- 112	+ 544	+ 483	+ 573	+ 620
Einfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	"	2454	2279	2346	2205	2361	2295	2366	2711	2612	2597	2695	2428	2617	2470	2467
Ausfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	"	2555	2164	2464	2219	2388	2426	2238	2577	2507	2576	2426	2753	2943	806	2878
Terms of Trade ¹¹⁾	1950=100 ¹²⁾	D	115,4	117,2	114,0	115,2	111,3	112,4	117,4	119,8	121,0	118,9	106,5	108,1	105,5	108,9	107,9
Einfuhr:																	
Güter der Ernährungswirtsch.	Mill. DM	S	859	823	816	754	774	800	787	919	912	923	858	736	814	788	788
Rohstoffe	"	"	835	750	837	779	862	780	750	791	744	757	733	645	671	628	596
Halbwaren	"	"	456	450	497	462	543	472	476	510	482	486	468	383	415	384	368
Fertigwaren	"	"	536	482	502	473	5										

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1957												1958				
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai		
			26	24	25	22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24	26	24	24		
Anzahl der Werktage:			26	24	25	22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24	26	24	24		
Bevölkerung																			
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71050	.	.	71200	.	.	71400	.	.	71500	.	.	71600	.	.	
" " " 15)	BRD	"	"	50266	50329	50399	50457	50528	50601	50666	50718	50770	50813	50863	50907	50954	.	.	
" " " 16)	G-B	"	"	3342	.	.	3343	.	.	3348	.	.	3349	.	.	3342	.	.	
" " " 17)	W-B	"	"	2222	2222	2223	2223	2224	2226	2228	2228	2228	2228	2226	2224	2222	2222	2224	
" " " 18)	O-B	"	"	1120	.	.	1120	.	.	1120	.	.	1120	.	.	1120	.	.	
" " " 19)	SBZ	"	"	16440	.	.	16405	.	.	16370	.	.	16305	.	.	16260	.	.	
" " " 20)	Saar	"	"	1008	1010	1012	1013	1014	1015	1016	1017	1018	1019	1021	1024	.	.	.	
Bevölkerungsbewegung																			
Geburten 1)	BRD	auf 1000		17,6	18,0	17,6	17,2	16,7	16,1	17,0	16,3	15,7	16,4	17,0	18,1	18,7	17,6	.	
" " " 2)	W-B	Einwohner		8,3	8,3	8,4	8,2	7,8	7,6	7,9	8,1	7,9	7,8	8,0	8,4	8,8	8,6	8,6	
" " " 3)	BRD	und 1 Jahr		11,5	11,1	10,9	10,4	10,5	9,6	10,5	13,6	11,5	12,5	13,3	13,5	12,3	11,3	.	
" " " 4)	W-B	berechnet		17,5	15,2	14,8	14,4	13,5	12,7	13,9	17,3	15,8	17,2	20,0	18,5	16,2	15,4	13,4	
Eheschließungen	BRD	"		7,2	8,5	10,3	11,2	10,1	21,3	4,8	6,9	8,2	7,4	4,9	7,0	6,4	8,7	.	
" " " 5)	W-B	"		8,1	9,6	8,9	11,9	10,0	15,1	7,5	7,7	8,3	9,6	4,6	6,7	8,4	9,0	12,2	
Einkommen																			
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	2161,8	2238,6	2360,7	2245,1	2345,8	2358,6	2253,1	2340,5	2390,1	2423,5	2402,5	2159,5	2279,8	2392,7	.	
" " " 6)	"	1949 = 100		261,3	270,6	285,4	271,4	283,6	285,1	272,4	282,9	288,9	293,0	290,4	261,1	275,6	.	.	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	720,6	728,0	739,2	739,6	745,5	745,7	752,0	758,7	786,8	863,2	801,6	799,1	808,9	811,3	.	
" " " 7)	"	1949 = 100		296,6	299,6	304,2	304,4	306,8	306,9	309,5	312,3	323,8	355,3	329,9	328,9	332,9	.	.	
Deutsche Bundesbahn																			
Personenverkehr																			
Bef. Personen, kalendertägl.	BRD	1950 = 100	S	117	118	108	115	116	113	131	108	111	114	110	120	114	103	.	
Geleistete Personen-km 8)	"	Mill.	"	3024,2	3269,7	3330,5	4007,2	4314,0	4434,1	3708,5	3048,8	2797,7	3171,4	2870,4	2746,5	3033,2	2886,4	.	
Güterverkehr																			
Beförderte Güter, arbeitstägl.	"	1950 = 100	"	132	134	136	136	127	127	126	141	149	135	125	112	114	118	.	
Geleistete Nettotonnen-km 4)	"	Mill.	"	5602,8	4937,8	5317,4	4867,0	5253,3	5265,3	4911,3	5714,3	5432,4	4990,8	4948,2	4226,2	4646,0	4437,1	.	
Wagengestellung, arbeitstägl.	"	1000	TD	64,8	65,2	65,9	66,1	64,0	63,1	63,9	67,5	72,9	64,9	60,8	56,6	58,6	60,5	62,1	
Straßenverkehr																			
Bef. Pers. auf Straßenbahnen 5)	BRD	Mill.	S	295,1	280,1	282,0	262,6	266,4	258,4	267,9	281,7	284,4	293,7	285,6	267,1	277,3	262,7	.	
" " " 6)	"	"	"	194,8	182,1	182,1	171,7	176,3	174,7	179,1	186,2	195,1	207,2	210,3	199,9	207,2	185,8	.	
Geleistete Tonnen-km im gewerblichen Güterfernverkehr 7)	BRD u. W-B	"	"	1198	1205	1236	1135	1335	1284	1278	1382	1285	1105	1168	993	1146	.	.	
Gel. Tonnen-km im Werkfernverh. 8)	"	"	"	254	262	274	234	296	279	268	291	256	225	235	216	255	.	.	
Zulassung v. fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	"	Stück	E	89461	92979	83110	73274	70391	58928	58859	65118	56521	54580	55261	65755	98220	96279	93570	
dar.: Personenkraftwagen	"	"	E	54211	56273	50490	43974	40225	38062	41332	47720	42400	40015	39120	43826	64495	62909	63497	
Binnenschifffahrt 9)																			
Beförderte Güter, arbeitstägl.	BRD	1950 = 100	S	199	212	224	232	213	208	198	193	196	177	170	150	177	.	.	
Geleistete Nettotonnen-km	"	Mill.	"	2883,8	2865,9	3247,7	2995,9	3306,7	3187,3	2836,4	2851,2	2588,3	2193,6	2494,8	2021,0	2701,3	2497,7	.	
Seeschifffahrt																			
Güterverkehr, insgesamt	BRD	1000 t	S	5162,8	4759,0	5011,9	5165,3	5509,4	5482,9	4967,0	5484,6	5139,5	5086,0	4815,3	4363,4	4640,3	4223,8	.	
dar.: Auslandsverkehr 10)	"	"	"	4899,4	4481,6	4745,2	4862,5	5156,6	5094,5	4620,1	5147,3	4891,6	4840,9	4531,8	4072,7	4303,6	3955,0	.	
" " " 11)	"	1950 = 100	"	246	244	248	285	250	247	241	249	260	264	230	222	216	215	.	
Deutscher Seefrachtenindex																			
Linienfahrt	"	2.Hj. 54 = 100	D	136,6	139,0	133,6	131,9	131,1	130,3	130,0	129,5	129,0	128,0	127,9	126,7	124,8	122,4	121,7	
Trampffahrt	"	"	"	158,9	151,4	129,7	118,8	112,9	95,2	83,2	86,5	82,1	77,0	71,5	66,9	64,3	65,0	66,8	
Tankerfahrt	"	Mot/Sc. = 100	"	285,5	150,8	100,0	83,4	76,0	56,0	47,5	50,6	47,5	45,3	41,9	50,6	44,4	40,6	47,0	
Luftverkehr 11)																			
Fluggäste	BRD u. W-B	1000 t	S	281,7	309,4	346,8	397,4	427,8	454,4	466,8	367,9	298,0	278,6	272,5	251,2	321,6	368,2	.	
Fracht	"	"	"	5690	4928	5403	5192	4948	5020	5075	5738	5738	4212	3182	3353	3988	.	.	
Post- und Fernmeldeverkehr																			
Nachrichtenverkehr 12)	BRD u. W-B	1950 = 100	S	163,3	164,0	162,8	153,3	166,3	162,2	163,2	173,4	169,8	199,4	169,1	161,2	179,3	176,8	.	
Briefsendungen	"	Mill.	"	590	598	587	515	602	581	582	639	612	763	619	555	684	644	629	
Gewöhnliche Paketsendungen	"	"	"	20,5	21,5	20,6	16,9	18,5	18,9	20,4	24,1	25,8	32,0	19,3	19,4	23,8	21,5	20,2	
Telefongespräche	"	"	"	289	288	288	290	293	288	292	300	302	331	295	298	298	310	.	
Cutschriften i. Postschekdienst	"	Mill. DM	"	15860	16373	16501	15869	17442	17336	16290	17951	17572	19472	18671	16184	18246	17791	.	
Guthaben auf Postsparkassenkt.	"	"	D	1582	1602	1631	1653	1681	1712	1728	1746	1769	1796	1870	1928	1987	2017	.	
Einzelhandelsumsätze																			
Gesamter Einzelhandel	BRD	1954 = 100	S	122	136	126	121	133	128	119	137	145	199	123	113	135	134	139	
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	124	130	124	123	128	132	120	131	133	167	122	119	135	137	136	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	113	148	125	119	132	110	106	141	159	230	121	94	124	125	145	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	130	136	131	116	138	143	137	156	169	230	131	122	143	132	136	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	128	136	135	124	141	134	128	135	140	206	127	121	148	143	139	
Index der Grundstoffpreise																			
Grundstoffe insgesamt	BRD	1938 = 100	D	248	250	249	252	256	255	254	255	256	257	257	256	254	254	253	
" " " 13)	"	1950 = 100	"	130	131	130	131	133	133	132	133	134	134	134	133	133	133	132	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	135	136	135	137	139	139	139	139	140	141	141	140	140	140	139	
" " ausländischer	"	"	"	106	106	105	105	105	104	103	103	102	103	103	102	100	100	99	
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	115	118	117	119	123	122	122	121	123	123	122	121	121	121	119	
" " industrieller	"	"	"	145	145	145	145	144	144	144	145	145	147	147	147	146	146	146	
Index der Erzeugerpreise																			

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1957												1958				
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai		
Anzahl der Werktage			26	24	25	22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24	26	24	24		
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																			
Beschäftigte ¹⁾	BRD	1000	E	18465	.	.	18920	.	.	18967	.	.	18186	.	.	18320	.		
"	W-B	"	"	839	.	.	861	.	.	872	.	.	827	.	.	836	.		
"	Saar	"	"	329	329	330	330	330	332	334	334	336	333	333	334	335	335		
darunter weibliche ²⁾	BRD	vH	"	33,4	.	.	33,6	.	.	33,8	.	.	34,8	.	.	34,6	.		
"	W-B	"	"	42,5	.	.	42,1	.	.	42,7	.	.	42,8	.	.	43,2	.		
"	Saar	"	"	23,9	24,0	24,0	24,0	24,1	24,1	24,3	24,4	24,5	24,6	24,7	24,7	24,8	24,7		
Arbeitslose bei den Arbeitnehmern ³⁾	BRD	1000	"	702	589	494	454	390	365	367	369	479	1213	1432	1325	1108	590		
"	W-B	"	"	102	102	94	91	77	71	69	67	78	107	101	93	94	88		
"	Saar	"	"	5,5	5,1	5,2	5,0	4,7	4,9	4,9	4,7	5,2	4,9	5,6	5,6	5,7	5,4		
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ³⁾	BRD	vH	"	3,7	3,1	2,6	2,3	2,0	1,9	1,9	1,9	2,5	6,3	7,4	6,8	5,7	3,0		
"	W-B	"	"	10,8	10,7	9,9	9,6	8,1	7,5	7,3	7,2	8,3	11,5	10,9	10,0	10,1	9,5		
"	Saar	"	"	1,7	1,5	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5	1,4	1,7	1,7	1,7	1,6		
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD	1000	M	758	507	430	380	328	295	284	280	325	651	1158	1179	1145	654		
"	W-B	"	"	83	79	73	72	62	49	48	48	55	74	89	78	73	71		
Arbeitsunfähige Kranke ⁵⁾	BRD	"	E	667	597	608	587	715	741	1202	1082	759	791	1010	1019	811	71		
"	W-B	"	"	55	45	44	43	50	53	67	81	60	58	73	66	51	.		
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD	"	"	249	236	232	237	252	248	250	233	168	125	167	208	222	224		
"	W-B	"	"	4,5	4,5	4,8	7,0	7,4	7,4	6,8	7,5	4,6	3,0	4,9	5,1	4,8	4,6		
"	Saar	"	"	4,8	4,9	4,3	4,2	4,6	4,8	5,3	5,6	4,7	3,3	4,2	4,6	5,0	4,9		
Arbeitslose je 100 offene Stellen (Andrangsziffern)	BRD	"	"	282	250	213	191	155	147	147	158	285	969	856	636	499	263		
Beschäftigung d. Industrie⁶⁾																			
Beschäftigte, gesamte Industrie	BRD	1000	E	7065,0	7171,1	7217,3	7232,3	7279,9	7327,9	7353,7	7372,6	7359,4	7262,2	7208,4	7198,5	7211,5	7302,4		
dar.: Bergbau	"	"	"	664,1	672,8	673,1	671,9	670,5	671,7	672,8	671,6	669,3	666,5	664,4	664,9	663,6	670,4		
Steine und Erden	"	"	"	254,4	268,6	274,1	273,7	273,2	271,6	267,6	261,3	253,0	228,0	206,1	204,9	218,6	245,9		
Eisen und Stahl	"	"	"	251,4	256,6	257,8	258,9	260,8	263,8	264,7	265,2	266,1	266,6	267,2	267,2	267,0	268,5		
NE-Metalle	"	"	"	74,2	75,1	75,2	75,6	76,1	76,6	76,8	76,6	76,4	76,0	75,9	75,8	76,0	76,4		
Stahlbau	"	"	"	181,3	183,0	183,6	183,0	184,5	185,5	187,3	187,0	186,5	184,8	181,7	180,5	179,5	180,8		
Maschinenbau	"	"	"	803,5	821,8	827,0	823,6	830,3	834,6	834,2	830,1	830,0	828,6	829,1	829,7	830,3	846,8		
Fahrzeugbau	"	"	"	314,6	319,2	322,2	322,6	323,3	324,1	324,1	322,6	321,6	320,3	322,2	323,7	325,9	328,8		
Schiffbau	"	"	"	96,2	100,4	101,3	103,0	103,2	103,5	103,7	105,7	106,0	105,6	104,5	104,0	103,3	104,6		
Elektrotechnik	"	"	"	537,5	545,8	550,5	554,0	560,0	568,1	573,6	579,6	579,6	575,1	575,5	577,1	581,3	588,5		
Feinmechanik und Optik	"	"	"	139,9	142,0	142,7	142,6	143,1	143,5	143,9	144,1	144,1	143,3	143,3	143,6	143,6	144,7		
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	"	"	"	359,3	366,1	366,0	366,2	368,3	368,3	369,0	370,0	369,6	365,0	363,5	363,5	364,1	367,0		
Chemie	"	"	"	393,7	398,1	400,6	402,5	407,0	411,0	412,4	412,1	411,9	409,6	410,2	411,1	412,1	415,6		
Holzverarbeitung	"	"	"	218,2	218,7	220,8	220,8	220,5	220,4	220,8	222,7	222,4	218,4	216,5	216,4	217,0	218,9		
Textil	"	"	"	639,3	643,7	644,4	644,1	647,0	648,5	651,1	653,6	653,7	648,4	642,9	635,2	630,4	630,3		
Bekleidung	"	"	"	314,7	320,0	321,2	319,2	319,1	320,5	322,9	326,2	327,1	321,9	322,2	322,3	321,1	324,0		
Nahrungsmittel	"	"	"	289,5	288,0	295,8	303,9	316,3	326,1	335,4	346,4	342,3	320,5	307,1	305,7	300,9	301,4		
Genußmittel	"	"	"	141,2	142,4	143,7	144,7	146,3	146,5	146,3	146,6	147,6	146,4	145,3	145,0	145,9	146,5		
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	152,2	154,5	155,5	155,8	156,8	157,8	158,4	158,8	158,5	156,4	155,2	155,0	155,3	157,3		
Produktionsgüterind.	"	"	"	159,8	162,8	163,8	164,0	164,8	165,7	165,9	165,7	165,3	163,6	162,6	162,6	163,3	166,0		
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	141,5	142,6	143,7	144,2	145,7	147,0	148,1	149,6	149,5	146,7	145,2	144,6	144,1	144,8		
Darunter Arbeiter⁷⁾																			
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	5857,1	5941,7	5981,6	5994,0	6037,1	6075,8	6098,1	6114,0	6097,5	6002,0	5946,9	5932,9	5941,9	6011,1		
"	"	1949 = 100	"	149,8	152,0	153,0	153,3	154,4	155,4	156,0	156,4	156,0	153,6	152,2	151,8	152,0	153,8		
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	154,4	157,2	158,2	158,4	159,2	160,0	160,2	159,9	159,4	157,4	156,1	156,0	156,7	159,2		
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	140,7	141,6	142,7	143,2	144,9	146,2	147,4	149,0	148,8	145,6	144,0	143,2	142,6	143,0		
Geleistete Arbeiterstunden																			
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1058,4	1052,6	1095,4	977,4	1064,1	1048,1	1044,9	1100,4	1076,3	1020,8	1061,5	976,9	1029,6	1039,5		
"	"	1949 = 100	"	148,3	147,5	153,5	137,0	149,2	147,0	146,6	154,4	151,0	143,2	148,9	137,0	144,4	145,8		
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	152,7	152,5	158,4	143,1	154,5	151,1	150,0	156,9	153,7	146,2	153,1	141,2	149,1	151,3		
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	141,5	139,5	145,8	126,8	140,4	140,2	141,0	150,4	146,7	138,4	142,0	130,1	136,6	136,6		
Tägliche Arbeitszeit⁸⁾																			
Gesamte Industrie	BRD	Std.	D	6,95	7,38	7,33	7,35	6,53	6,41	6,85	6,67	7,23	7,09	6,95	6,86	6,66	7,21		
"	"	1949 = 100	"	97,4	103,4	102,7	103,0	91,5	89,8	96,0	93,5	101,4	99,4	97,4	96,1	93,3	101,0		
Produktionsgüterindustrien	"	Std.	"	6,93	7,36	7,29	7,41	6,54	6,39	6,82	6,62	7,20	7,05	6,95	6,87	6,66	7,21		
"	"	1949 = 100	"	96,6	102,6	101,6	103,3	91,2	89,1	95,1	92,3	100,4	98,3	96,9	95,8	92,9	100,6		
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	6,99	7,42	7,39	7,22	6,49	6,45	6,92	6,76	7,31	7,17	6,94	6,85	6,67	7,20		
"	"	1949 = 100	"	98,4	104,5	104,1	101,7	91,4	90,8	97,4	95,1	102,8	100,8	97,6	96,3	93,8	101,3		
Industr.Arbeitsproduktivität⁹⁾																			
je Beschäftigten	BRD	1949 = 100	E	160	169	171	167	155	153	166	169	178	168	161	162	164	169		
je Arbeiterstunde	"	"	"	169	168	171	167	174	175	177	186	180	174	172	176	182	174		
Durchschnittl.Bruttostundenverdienst der Arbeiter¹⁰⁾																			
Lohnempfänger insgesamt	BRD	Pf	D	.	.	216,5	.	.	219,1	.	.	221,6	.	.	226,9	.	.		
Männliche Arbeiter	"	Pf	"	.	.	235,1	.	.	238,0	.	.	241,4	.	.	248,3	.	.		
Weibliche Arbeiter	"	Pf	"	.	.	146,0	.	.	147,6	.	.	149,6	.	.	153,5	.	.		
Preisindex f.d.Lebenshaltung																			
Gesamt, unter. Verbrauchergruppe	BRD	1938 = 100	D	182	182	182	182	186	185	184	185	186	186	189	189	189	190		
" mittlere	"	"	"	177	178	178	179	181	181	181	183	183	183	185	186	186	186		
" gehobene	"	"	"</																